

# Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Die Zeit im Bild, Am häuslichen Herd  
Bilder von Feld und Hof

Abdruckpreis für den achtzehnten Jahrgang 8 Pfennig im Voraus zu zahlen. — Abonnenten für Lieferungen und Abholungen 20 Pfennig. — Familienabgabe 1 Pfennig. — Einzelhefte 5 Pfennig. — Abbestellung nach Karte. — Bestellungen ohne Nachzahlung. — Bekanntmachung und Werbung. — Eintrag der Anzeigen. — Aufnahme 10 Uhr vormittags. — Nummer: Redaktion 224, Geschäftsstelle 202. — Verlagsort: Leipzig 29 070.

Nr. 127

Mittwoch, den 3. Juni 1925

51. Jahrgang

## Chronik der Entwaflnung.

Betrachtungen vor Übergabe der Kontrollnote. — Die Zahlen dagegen. — 100 000 gegen 7 000 000.

Die nach dem letzten Nachrichten für Donnerstag zu erwartende Überreichung der Note der Alliierten in der Entwaflnungsfrage leitet wieder eine Zeit politischer Hochspannung ein. Wie weit die Nachrichten richtig sind, die sich mit dem Inhalt dieser Note beschäftigen, kann noch nicht gesagt werden. Es ist möglich, Vermutungen anzustellen. Viel wesentlicher erscheint, daß man sich in diesem Augenblick im Norden und Südwesten der Welt, was von Deutschland geht, werden will, um die Entwaflnungsbestimmungen des Versailles-Vertrages zu erfüllen. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Reichswehr in Bezug auf Stärke und Bewaffnung auf die im Vertrag von Versailles vorgesehenen Zahlen zurückgeführt werden ist. Es ist das keine leichte Arbeit gewesen, und wenn man nur einen Rückblick in die vergangenen Jahre tut, so weiß man, wieviel Gefahrenpunkte in der Verfeinerung der Reichswehr gelegen haben. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß der Kapp-Putsch nicht zuletzt deshalb entstanden ist, weil eine Anzahl Formationen nicht in die Reichswehr übergeführt werden konnten. Was zu dem Selbstmord-System zu sagen ist, das hat Reichswehrminister Gießer in seiner Rede vor dem Reichstag am 1. März geäußert.

Von der Durchführung der Entwaflnung entfernt man aber erst dann den rechten Begriff, wenn man weiß, daß unter Aufsicht der Kontrollkommission etwa 6 Millionen Gewehre und Karabiner, 105 163 Maschinengewehre, 28 469 Minenwerfer und Mörser, 54 887 Geschütze und Mörser, 28 003 Leuchttürme und Minenwerferleuchtfeuer zerstört worden sind. Weiter sind zerstört worden rund 30 Millionen geladene Artilleriegeschosse und Minen, fast 17 Millionen scharfe Handgranaten, Bombengranaten und Wurfgrenatzen, rund 600 Millionen Stiel Handwaffenmunition und außerdem rund 40 000 zu Pulver. Diese Liste ist nicht vollständig, wenn man nicht hinzusetzt, daß auch mehr als 14 000 Flugzeuge und mehr als 27 000 Flugzeugmotoren zerstört worden sind. Die Zerstörung der Flugzeuge an der Westgrenze und auf Helgoland ist vollkommen durchgeführt.

Die im September 1922 geforderte Aufhebung des Kriegseisensatzgesetzes sowie des Ragnongesetzes ist erfolgt. Ferner ist im Laufe des letzten Jahres die Vernichtung gewisser Arten und Gattungen, deren Vorkommen bei den Schlüsselböden der Kontrollkommission als Verstoß gegen die Bestimmungen des Versailles-Vertrages angesehen worden war, durchgeführt und der Kommission mitgeteilt worden.

Auf Grund des Art. 108 des Versailles-Vertrages sind in der ebenenigen, rund 7000 Fabriken umfassenen Kriegsindustrie die geforderten Beschränkungen und Umstellungen unter den größten wirtschaftlichen Opfern und trotz der Gefahr von Arbeitslosigkeit durchgeführt worden. Allein bei 337 Fabriken belief sich der hierdurch entfallende Wert auf 2,4 Milliarden Goldmark. Die 7000 Fabriken sind alle mehr oder weniger eingeleert worden, rund 400 mal kontrolliert worden. Nur in etwa sieben Fällen konnten die Forderungen der Kommission nicht erfüllt werden, weil die Zerstörungen solcher Anlagen und Maschinen verlangt wurden, die inzwischen ausschließlich auf Friedensproduktion umgestellt und für die betreffenden Firmen daher unbenutzbar waren. Allein bei der Firma Krupp sind über 9000 Maschinen zerstört worden. Es handelt sich jetzt noch um 34 große Maschinen, deren Zerstörung die Militärkontrollkommission verlangt.

Das Gesetz vom 26. Juli 1921 verbietet nicht nur die Anfertigung und Ausfuhr von Kriegswaffen, sondern erstreckt sich auch auf Gegenstände, die damit zusammen in Verbindung zu bringen sind.

Was die seitigen Polizeikräfte anlangt, so bestehen noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die von uns im Mai 1922 übergebenen Organisationspläne den im Vertrag von Versailles übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfang genügt werden. Im ganzen ergibt sich allein aus diesen Mitteilungen die Möglichkeit jenes dringlichen Ausdrucks eines englischen Mitgliedes der Kontrollkommission, das dem Reichswehrminister Gießer gegenüber erklärte: „Die Londoner Folger ist besser imstande, einen Krieg zu führen, als die deutsche Reichswehr.“

Das die Vereinigung der Räumung der Rheinzone auf die angebotenen mangelhaft durchgeführten Entwaflnungsbestimmungen geführt wurde, nur ein Vorwand. Hat doch selbst der Marschall Goch im Herbst 1924 einen amerikanischen Zeitungsreporter gegenüber erklären müssen, daß Deutschland zweifellos materiell entwaflnet ist. Der frühere Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Berlin, Houghton, hat bei seinem Aufenthalt in New York ebenfalls erklärt, daß die angebotenen deutschen Mitteilungen in Wirklichkeit nicht beständen. Und die Erklärung Houghtons ist unterstützt worden durch die Äußerungen des früheren Kommandanten der amerikanischen Truppen im Rheinland, des Generalen Allen, der zu Beginn dieses Jahres sagte, daß nach keiner Ansicht Frankreich gegenwärtig seiner Gefahr eines deutschen Angriffs ausgesetzt ist.

Wie richtig diese Äußerung ist, das wird aber erst klar, wenn man das entwaflnete Deutschland mit den weitausläufigen Nachbarn vergleicht. Frankreich, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei sind in der Lage, der deutschen Armee von 100 000 Mann rund sieben Millionen ausgebildete Leute entgegenzustellen. Ihre Mobilmachung ist bis auf das genaueste vorbereitet, während Deutschland auf der anderen Seite jede Mobilmachungswaflkraft auf das strengste unterdrückt worden ist. Nun aber wird gefordert von der logischen Moralität. In dieser Hinsicht aber braucht nur vermieden zu werden auf die Erklärung, die der deutsche Gesandte von Genf abgegeben hat und nach der sich die deutsche Regierung bereit erklärt, jede Konvention zu unterzeichnen, die den Ostkriegvertrag verbietet. Wenn jetzt die Note der Alliierten veröffentlicht wird, dann hat man sich an diese Dinge zu halten. Meinungsverschiedenheiten über Kleinigkeiten können aus-

## Die Uebergabe der Kontrollnote am Donnerstag.

Berlin, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Uebergabe der Kontrollnote wird nach den schon festgelegten Dispositionen

am Donnerstag

erfolgen. Reichsminister Dr. Luther fährt am Donnerstag nach Berlin zurück. Am Freitag werden sich die bisherigen Vorkämpfer der an der Note beteiligten Regierungen bei ihm einfinden, und der englische Vorkämpfer, als der älteste von ihnen, wird das Dokument überreichen. Entsprechend dem deutschen Vorschlag, der mit Rücksicht auf die Länge des Dokumentes eine gewisse Zeit vor genauer Übertragung verlangen mußte, wird die Veröffentlichung gleichzeitig in Deutschland und den beteiligten alliierten Ländern

am Sonnabend früh

in den Morgenblättern erfolgen.

Die Pariser Presse

bestätigt nunmehr, daß der französische Vorkämpfer in Berlin gestern die Note der Alliierten überreicht hat. Die Überreichung der Note, wird nach den Blättern erst Donnerstag erfolgen, da Dr. Luther infolge der Abwesenheit Dr. Stresemanns das diplomatische Korps nicht vorübernehmen darf. Das Berliner Auswärtige Amt soll außerdem Lord Aberdeen darauf hingewiesen haben, daß es einleuchtend sei, daß die Note in der Lage sei, die Veröffentlichung innerhalb der Frist von 12 Stunden vorzunehmen. Infolgedessen werde um eine Verlängerung der Frist gebeten und angetragt, die Note in den Berliner Morgenausgaben vom 6. Juni erscheinen zu lassen.

## Sicherheitspakt und Durchmarschrecht.

London, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Einigung zwischen London und Paris über den Sicherheitspakt ist, wie die „Times“ melden, neben dem Sicherheitsproblem auch für die Regelung der internationalen Schulden und die Politik gegen Rußland ausgehandelt worden. Die auf dieser Grundlage neuverfaßte Note an Deutschland schließt sich an das kürzlich in Paris überreichte englische Memorandum an. Sie wird

am Donnerstag vom französischen Ministerrat

genehmigt

und England vorgelegt werden. Der Vorkämpfer der Alliierten hat nun aneinander, daß Frankreichs Forderung, die im Juli und September fälligen Anleiheleistungen der Verpflichtungen der internationalen Schulden zu verweigern ist, daß Frankreich es sich gar nicht leisten könne, irgend welche ungewollte Mittelkraft zu betreiben, sondern daß jetzt unmittelbar nach Ablehnung der Note der Alliierten durch die französischen Vorkämpfer dahin informiert waren, daß es Geilung nicht gelangen ließe, aus eigener Kraft eine Sanierung der französischen Finanzen herbeizuführen und daß er Hilfe in England und Amerika suchen müsse. Die Hilfe werde aber nur gewährt werden, wenn eine Sanierungsregelung vorgenommen würde.

Nach der Gedächtnisrede, mit Ausblick auf eine umfassenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung zu gelangen, sei abgegeben.

Eine Konferenz?

Berlin, 3. Juni. (Zit.) In der englischen Presse wird neuerdings wieder die Teilnahme Deutschlands an einer Konferenz mit den Alliierten über die Sicherheitsfrage erörtert. Weltmeister Magie will sogar wissen, daß

die deutsche Regierung der Entente einen

Vorschlag gemacht

haben solle, da nach deutscher Ansicht viele der Einwände gegen den Sicherheitspakt am besten in offener Anrede beseitigt werden könnten. Daß der Plan in Berlin entstanden sei, ist für die Alliierten durchaus kein Grund, ihn abzulehnen, zumal die Verhandlungen über den Dawes-Plan den Vorteil einer solchen Konferenz bewiesen hätte. Wie die „Zit.“ in diesen Briefen äußert, an bisher unrichtiger Stelle erklärt, es wäre bei offiziellem Verzicht auf die Einigung einer Konferenz zwischen den Alliierten und Deutschland über die Sicherheitsfrage noch nicht gemacht worden. Doch sei von deutscher Seite in offiziellen Unterhaltungen wiederholt der Wunsch nach offener Anrede in einer beiderseitigen Zusammenkunft geäußert worden.

## Belgien hält sich an England?

Paris, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das „Journal“ bringt heute eine ausführliche Übersicht über die Haltung der belgischen Alliierten zu der Sicherheitsfrage. Die politische Antwort auf die neue französische Note in der Sicherheitsfrage sei durchaus identisch mit der englischen Haltung. Belgien sei aber der Ansicht, daß seine militärische Stärke höchstens zum Schutze seiner Eigengrenze gegenüber Deutschland ausreichte und daß es Belgien nicht möglich sei, eine Garantie für die deutsch-polnische Grenze mit zu übernehmen.

Die Debatte über den Sicherheitspakt, den man schon für tot hielt, ist nach dem Weggang des englischen Kabinetts wieder stark in Fluss gekommen. Dabei beruht, man muß schon sagen, selbstverleumdend, in Paris über die englische Antwort eine gewisse Verwirrung. Es dazu Anlaß vorhanden ist, oder ob der französische Optimismus nur allerdings auf gespielt ist, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Nach französischen Darstellungen würden die Dinge so liegen, daß gemäß dem englischen Vorschlag der Sicherheitspakt auf die Westgrenze Deutschlands beschränkt wird, daß aber Frankreich ein Durchmarschrecht zugestanden wird, d. h. ein Recht, durch die militärische Rheinlandzone hindurch Polen oder der Tschechoslowakei im Bündnisfall zu Hilfe zu eilen. Es muß bemerkt werden, daß das englische Kabinett tatsächlich ein derartiges ungewöhnliches Zugeständnis gemacht hat. Zunächst kann man nach an der Auffassung festhalten, daß England erklärt hat, der Sicherheitspakt würde nicht die Bestimmungen

enthalten werden, aber diese Meinungsverschiedenheiten können niemals ein Grund für die Nichtdurchführung der ersten Rheinlandzone sein, denn der Zweck, daß Deutschland tatsächlich entwaflnet und abgerüstet ist, liegt der aller Welt klar. Die Sprache der Tatsachen ist eindeutiger, als die jegliche Note der Vorkämpferkonferenz.

des Artikels 10 des Völkerbundesstatuts beeinträchtigen. Dieser Artikel bringt aber keineswegs ein automatisches Durchmarschrecht für einzelne Mächte, sondern er steht vor, daß bei einstufigen Geschäften des Völkerbundes für eine Völkerbundsaktion ein solcher Durchmarsch erfolgen kann. Das ist etwas ganz anderes, als die Forderung zu erreichen hoffen und dabei ist zudem noch zu berücksichtigen, daß gerade dieser Artikel des Völkerbundesstatuts für Deutschland das schwerste Hindernis für den Eintritt in den Völkerbund darstellt. Es ist mirhin anzunehmen, daß gerade die Frage des Durchmarschrechtes in der internationalen Debatte der nächsten Zeit eine recht große Rolle spielen wird und es besteht für Deutschland aber Anlaß, diese Erörterungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

London, 2. Juni. Der Pariser Vorkämpfer des Daily Telegraph, meldet, die französische Regierung bestände immer noch darauf, daß auf Grund des vorgelegenen Paktes Truppen durch die entmilitarisierte Rheinlandzone zur Unterfertigung Polens und der Tschechoslowakei ziehen könnten, falls eines dieser beiden Länder von Deutschland angegriffen werden würde. Aber die britische Meinung in dieser Frage sollte volle Klarheit nur durch Veröffentlichung des Wortlauts der britischen Note geschaffen werden. In Paris wird versichert, daß die beiden Mächte, die im britischen Kabinett vorhanden sind, durch Veröffentlichung der britischen Blätter zu Wort kommen sind. Der Vorkämpfer sagt hinzu, es ist nicht unmöglich, daß die jehigen Sicherheitsverhandlungen sich durch Polen und die Tschechoslowakei weiter verzögern würden, besonders durch letztere, die vielleicht möchte, die Frage der Angliederung Österreichs an Deutschland mit dem Sicherheitspakt verknüpfen zu lassen.

Ein englischer Bericht.

London, 3. Juni. (Zit.) Der Londoner Vorkämpfer des „Zit.“ erzählt über den augenblicklichen Stand des Meinungsausbaus zwischen der britischen und der französischen Regierung in der Sicherheitsfrage folgendes: Das der französischen Regierung vor kurzem abgemittelte britische Memorandum führt die allgemeinen Grundsätze an, die nach Ansicht der britischen Regierung der deutschen Regierung in Beantwortung dieser Faktoren als Grundlage für die weiteren diesbezüglichen Verhandlungen anzulegen zu werden müßten. Was das von einem Teil der französischen öffentlichen Meinung aus den „Britischen Staatspapieren“ herausgelegene Zugeständnis des Rechtes Frankreichs anbelangt, seinen östlichen Alliierten mittels eines

Durchmarsches

durch die entmilitarisierte Rheinlandzone zu Hilfe zu kommen, so wird in diesem politischen Briefen angegeben, daß eine derartige Auslegung den augenblicklichen Erörterungen voransetzt, so daß die Frage der Auslegung der aufgestellten allgemeinen Grundsätze automatisch ergäbe wird, wenn diese der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt worden sind, die sie natürlich zu Anfragen über die Folgen gewisser Punkte veranlassen wird.

Nach Ansicht der britischen Regierung muß

der Völkerbund beim Inkrafttreten sowie bei der Durchführung des Paktes eine Hauptrolle spielen, und es ist anzunehmen, daß die Ratifizierung, daß von Deutschland als Mitglied des Bundes die Übernahme aller in der Völkerbundsstatute enthaltenen Verpflichtungen verlangt werden wird, einen Teil der französischen Presse zu schaffen veranlaßt, die noch verweist sind und von der Auslegung der in Betracht kommenden Paragraphen abgesehen werden. Dies ist im wesentlichen, als die bemerkt werden kann, die östlichen Bündnisse Frankreichs im britischen Memorandum nicht erwähnt sind. Es wird der britischen Seite außerdem darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Erörterungen der britischen Regierung zur Sicherheitsfrage den Grundgedanken Gegenfaktoren des geplanten Paktes betont haben.

## Ein deutsche Protest in Paris

gegen falsche französische Beschlüsse. Berlin, 3. Juni. (Zit.) Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Paris meldet, hat die deutsche Botschaft die in der französischen Presse in der letzten Zeit wiederholt veröffentlichten Meldungen, daß Adolphe Krupp von Deutschland aus unterirdisch werde, offiziell demontiert. Die ersten beiden Unterredungen über dieses Thema fanden mit dem Direktor der belgischen und niederländischen Angewandten an dem D'Origny Courbois statt. Dieser erklärte dem Vertreter der Botschaft, daß sich in seinem Bericht des Marschalls Sauter Angaben über die deutsche Unterirdische finden. Es wurde angelegt, die französischen Mitteilungen in diesem Sinne zu unterstützen. Nachdem in den Vorkämpfer neue Mitteilungen über die Beteiligung deutscher Verhafteten ergäben und ist getreu nachmittag der Informationsdienst am D'Origny Courbois unterrichtet worden, daß diese Angaben unrichtig seien. Es ist die deutsche Kommission an der Verantwortung ihrer französischen Gefährten gegenüber, gegen den Marschall Krupp bezeugt haben, ist hier nicht bekannt. Doch aber wieder die deutsche Regierung, nach der belgischen Unterredung, daß die deutsche Finanzwelt weder bereit noch in der Lage ist, diesen Angriffen Interesse zu tun, kann als erzielten betrachtet werden.

Vom Hundstflug.

Berlin, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Bienen des ostpreussischen Landes zur zweiten Etappe des Deutschen Hundstfluges von insgesamt 40 Bienen in Berlin gefestigten Angenen kehren noch bis gestern Abend 23 Flugzeuge nach vollendeter zweiten Etappe nach Berlin zurück. Davon gehörten 15 der fünften, 7 der mittleren und 1 der kleinsten Klasse an.

## Tornado in den Vereinigten Staaten.

New York, 3. Juni. (Zit.) Ein heftiger Tornado wütete im Osten des Staates Nebraska und im westlichen Teile des Staates Iowa. Es sind verschiedene Dörfer zerstört worden. Der Schaden ist sehr groß. Die Zahl der Toten und Verwunden ist noch nicht festgestellt. Die Drahtverbindung mit dem heimgeschlagenen Gebiete ist unterbrochen.















Briefe aus dem Champagnegebiet 1792.

Der in der vorigen Nummer des Chronisten ...

Zweiter Brief.

Als ich in Nancy ...

Dritter Brief.

Unter dem Namen ...

Zweiter Brief.

Unter dem Namen ...

Als ich in Nancy ...

Der Brief von Gesslé ...

Das Chronisten ...

Am 2. November ...

Am 3. November ...

Am 4. November ...

Am 5. November ...

Am 6. November ...

Am 7. November ...

Am 8. November ...

Am 9. November ...

Am 10. November ...

Am genannten Tage ...

Am 11. November ...

Am 12. November ...

Am 13. November ...

Am 14. November ...

Am 15. November ...

Am 16. November ...

Am 17. November ...

Am 18. November ...

Am 19. November ...

Am 20. November ...

Historisch-topographische Beschreibung des hochfürstlichen Merseburgs.

Merseburg, eine auf ...

Merseburg, eine auf ...

Merseburg, eine auf ...

Merseburg, eine auf ...

Merseburg, eine auf ...















Aus der Welt.

Schweres Explosionsunglück in Genf.

Genf, 3. Juni. (E.L.) Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Freitagmorgen in der kleinen französischen Stadt Annemasse. Die an der Schweizer Grenze gelegene Stadt ist ein beliebter Ausflugsort der Genfer Bevölkerung und war zu den Festtagen infolge des herrlichen Wetters sehr überfüllt. Gegen 12.30 Uhr ist ein Explosionsknall von 1200 Kilogramm Inhalt erfolgt. Eine gewaltige Welle erob sich über dem Bahnhof und breitete sich mit Windstärke über den Platz und die anliegenden Straßen aus. Eine allgemeine Panik begann und in rasender Angst eilten die Menschenmassen vom Bahnhof zur Stadt, doch größtenteils bereits zu spät, so daß infolge des eingestürzten Ganges 80 Menschen tot umkamen, 13 befinden sich noch in bedenklichem Zustand.

Ein Ausflugszug entgleist.

Wittenberg, 3. Juni. Von dem mit Ausflüglern stark besetzten Personenzug, der am Sonnabendmorgen 5 Uhr 15 Minuten von Wittenberg nach Hildesheim abging, sprang beim Passieren einer Weiche auf der Salpette ein Waggon ab. Der Waggon fuhr über den Waggleis und stürzte um, wobei er einen zweiten Waggon mit sich riß. Da der Zug mit verminderter Geschwindigkeit fuhr, wurden weitere Waggon nicht aus dem Gleise gerissen. Von den Fahrgästen der un-

geführten 2 Personenzüge wurden 2 Personen schwer und 4 leicht verletzt. Der 5 Uhr 15 Min. abgehende Personenzug von Hildesheim nach Wittenberg wurde rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, so daß ein weiteres Unglück verhindert wurde.

\* Schlimmer eines Kammerlagers. In derselben Stelle, an der sich kürzlich schon einmal eine junge Frau in religiösem Wahn unter einen Eisenbahnwagen geworfen hatte, führte sich gestern ein Pilger vor eine herabstürzende Lokomotive. Der Pilger war in größerer Pilgergesellschaft eben aus der Kirche gekommen und trennte sich plötzlich mit dem Ruf: Ich will für die Madonna sterben, ich will ins Paradies, von seinen Gefährten. Er sprang auf die Schienen, und der herabstürzende Eisenbahnzug zermalmte ihn. Noch sterbend rief er: „Bona Madonna“.

Sitzung des Senats.

Sensationsstück: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Paul und Gesellschaft Franz Gomm für Steuer, Zölle und Vermächtnis; Axel Göttele für Volkswirtschaft und Sozi; Axel Köhler für den Angewandten und Reflektierten, sämtlich in Merseburg.

Der unternannte eingetragene Kontrakt mit dem Gewerbe übernommen. Mitgliedschaft in dem Verein.

Bestand: 1. Vorsitzender: Dr. phil. Siegfried Berger, 2. Vorsitzender: Dr. phil. Axel Köhler, 3. Vorsitzender: Dr. phil. Axel Köhler, 4. Vorsitzender: Dr. phil. Axel Köhler.

Die heutige Nummer umfasst 14 Seiten.

Reflektiere!

Ich kann wieder den ganzen Tag ohne Schmerzen auf den Beinen sein.

Sin mit Ihrer Pneumette\*) sehr zufrieden, frage sie jetzt 6 Wochen, früher wurde mir jeder Schritt zu viel, heute kann ich den ganzen Tag auf den Beinen sein, ohne die geringsten Schmerzen zu spüren. Bin Ihnen für Ihre Pneumette sehr dankbar und werde dieselbe allen meinen Bekannten empfehlen.

Sophie C. Magdeburg.

\*) Pneumette, die weltbekannte pneumatische Fußhilfe, ist die beste Schuhsohle gegen Übermüdung und Genickschmerz. Unsere Leser seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Pneumette an jedem Mann 8 Tage zur Probe abgegeben wird bei der Firma

Gebr. Goldmann, Schuhhaus.

Merseburger Ackerlandbahnen. Fahrplan - Änderung vom 5. Juni 1925 an. Erste Merseburger - Dürrenberg. Neu einseitig bis auf weiteres folgende Abende:

Freiwillige Feuerwehr. Donnerstag, den 4. 6. 1925, abends 8 Uhr Zugübungen, Veriamm. und Sitzung der Verbände der Feuerschutzkommission im Gesellschaftshaus Beth. Des Kommandos.

Blobel's Restaurant. Morgen Donnerstag Schlachtfest. Restaur. Hohenzollern Schlachtfest.

Freibank. Donnerstag, Freitag und Sonnabend Fleisch-Verkauf.

Kinderstube P. Barnick, Delgrube 1. Fahrräder für Grob und Klein und sämtliches Zubehör zu vorzuziehenden Preisen.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen jungen 2 tüchtige, ältere Maschinisten die auch Kessel heizen können. Deutsche Knolln Akt.-Ges. Spezial.

Möbl. Zimmer zu vermieten. Möbliertes Zimmer zu mieten gesucht. Möbl. Zimmer ohne Bett etc. leeres Zimmer 2 Baupfellen

Wohnungsaussch. Diese 4-Zimmerwohnung einb. Küche nebst reichl. Zubehör auf dem Lande gegen Abgabe in Merseburg oder Halle. Angebote unter 527 an die Geschäftsst. d. Bl.

Einm. Familienhaus (Erdgeschoss) 1917 erbaut, jedes Zimmer, zwei Küchen und Zubehör, mit 1300 qm Obst- und Gemüsegärten für circa 10000 Mk. zu verkaufen. Preis 10000 Mk., bei 50% Anzahlung 5000 Mk. unter 522 an die Geschäftsst. d. Bl.

Verleihe 700 Mk. gegen angemessene Zinsen und gute Sicherheit. Unter-Altenburg 52.

Freiwillige Feuerwehr. Donnerstag, den 4. 6. 1925, abends 8 Uhr Zugübungen, Veriamm. und Sitzung der Verbände der Feuerschutzkommission im Gesellschaftshaus Beth. Des Kommandos.

Blobel's Restaurant. Morgen Donnerstag Schlachtfest. Restaur. Hohenzollern Schlachtfest.

Freibank. Donnerstag, Freitag und Sonnabend Fleisch-Verkauf.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen jungen 2 tüchtige, ältere Maschinisten die auch Kessel heizen können. Deutsche Knolln Akt.-Ges. Spezial.

Amtsblatt der Stadt Merseburg. Mittwoch, den 3. Juni 1925. Seite 19. Verpachtung der nächsten Kirchenanlagen am Sonntag, den 8. Juni 1925, vormittags 10 Uhr im Rathaus am Markt, 2. Treppen. Die Bedingungen werden im Archiv bekannt gegeben. Merseburg, den 8. Juni 1925. Der Magistrat.

Brennabor Hansa NAG Hansa Lloyd Personenkraftwagen - Lastkraftwagen Schnellastwagen sind die führenden Marken. - Verlangen Sie noch heute Angebot durch die Vertretung Gustav Engel Söhne. Telefon 205. Kraftfahrzeugbau. Telefon 205.

Barchenthemden Max Köhler, Gamelle Straße 21. Gut verlesene Speisekartoffeln im einzelnen zu verkaufen. Gallische Straße 90. Verkaufstag: 10-12 Uhr vormittags. Schlafzimmerschrank mit 2 Türen, 3 Nachtschubladen, Kommode, Schrank, Tisch, moderne, geb. sehr billig. Wer? liegt die Geschäftsstelle d. Bl.

Pullahona - Puder reinigt und entfettet das Haar auf trockenem Wege, macht es locker u. leicht zu frisieren, verleiht seinen Haaren ein angenehmes Glanzlicht. Parfümerie, Drogerien u. Apotheken. Futterfelle Bertel Leuna Nr. 3. 1 Läuferfchwein zu verkaufen. Friesch Nr. 29. Kuh mit Kalb leicht zu verkaufen. Leuna Nr. 52. Kücken zu verk. Potental 10. 13 Kücken zu verkaufen. Eichel, Frieschfeld.

17 Jahre, Summe sucht Beschäftigung. Frau Verkäuferin aus der Lebensmittelbranche und tüchtige. Kaffiererin stellt sofort ein. S. S. Krause. Heirat. Junger Mann, 34 Jahre alt, wohnt in Leuna, sucht Beschäftigung. Richard Klauß, Weißenteller Straße 20.

Grasmähen mit angenehmen Neumarkt 60. Mann zum Gänschützen sucht Gemeinde Trebnitz. Der Gemeindevorsteher. Dienstmädchen für Hauswirtschaft bei Hof. Hausmädchen gesucht. Mädchen für Küche und Haushalt. Dienstmädchen für Hauswirtschaft bei Hof. Mädchen nicht unter 18 Jahren gesucht. Mädchen sofort erlösen.



Meine Verlobung mit  
**Fräulein Addy Daëves-Hannover**  
 gebe ich hierdurch bekannt.  
 Berlin, Pfingsten 1925.  
**Dr. jur. Fritz Hinkeltheim**  
 Syndikus.

Für die uns zu unserer  
**Silberhochzeit**  
 in so reichem Maße dargebrachten  
 Glückwünsche, Geschenke und Ehrungen  
 danken herzlich  
**Paul Köder u. Frau.**  
 Meuschau, den 3. Juni 1925.

**Kirchenverpachtung.**

Der Kirchengemeinde der Gemeinde Gintfersdorf soll  
**Sonnabend, d. 6. Juni d. J., nachm. 4 Uhr**  
 im Gasthof zum schwarzen Bär öffentlich meistbietend  
 gegen Verpachtung verpachtet werden. Bedingungen  
 im Termin.  
 Der Gemeindevorsteher.

**Kirchenverpachtung.**

Die Kirchengemeinde an den Straßen Atern bis  
 Merseburg-Teipitz, km 28,3 bis 29,5 bei Aternitz,  
 28,7 bis 29,5 bei Gintfersdorf, Teipitz-Dürren-  
 berg km 0,8 bis 7,8 bei Babitz und der Lühner Zoll-  
 straße km 0,0 bis 1,280, 2,7 bis 3,6 und 6,2 bis 7,330  
 zwischen Wallendorf und Schadebad soll  
**Montag, den 8. d. Mts., früh 10 1/2 Uhr**  
 im Gasthof „Zur Eisenbahnbrücke“ zu Dürrenberg  
 öffentlich an die Meistbietenden verpachtet werden. Be-  
 dingungen werden im Termin bekannt gemacht.  
 Dürrenberg, den 2. Juni 1925.  
 Däßdorf, Pflanzstraßenmeister.

**Kirchenverpachtung.**

Der dieselbige Kirchengemeinde der Gemeinde  
 Erdmütz bei Dürrenberg soll  
**Sonnabend, den 6. Juni, nachm. 6 Uhr**  
 im Gasthaus dafelst verpachtet werden. Bedingungen  
 im Termin.  
 Der Ortsvorsteher Schadebad.

**Kirchenverpachtung.**

Am Freitag, den 5. Juni 1925, nachmittags 5 Uhr  
 kommt der zum Rittergut Wenzelsdorf bei Cordoba  
 gehörige Kirchengemeinde im Gäßlich zur Schmelde im  
 Wenzelsdorf meistbietend gegen Verpachtung zur öffent-  
 lichen Versteigerung.  
 Die Rittergutverwaltung.

Sobem erschien

# Das Silberpaar

Eine ergötliche Geschichte  
 aus Kaffeesachen  
 von  
**Siegfried Berger.**

Verlag  
 Th. Röbner, Merseburg.

Preis  
 schmeck broschiert  
 M. 1.00

Erhältlich in der Geschäftsstelle  
 und durch die Buchhandlungen

Landwirtschaftskammerbeiträge 1925.  
 Die Hebesätze der Beiträge zu den Kosten der  
 Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen liegt in  
 der Stadtkasse zur Ansicht der Beteiligten aus.  
 Die Beiträge sind bis zum 15. Juni 1925 bei der Stadt-  
 hauptkasse einzuzahlen. Nach diesem Tage verbleibende  
 Teile werden zwangsweise eingezogen. Eine nochmalige  
 beantragte Zahlungsaußerung erfolgt nicht.  
 Lauchstädt, den 30. Mai 1925.  
 Der Magistrat.

**Einladung**  
 zur unerbittlichen Bestichtigung meiner großen

## Möbel-Ausstellung

Gediegene, einfache Zimmer bis zur reichsten Ausstattung - vorzügliche  
 Polstermöbel, Teppiche, Dekorationen, Bilder - Lieferung nur bester  
 Qualität unter billigster Berechnung. Günstige Zahlungsbedingungen.

## Möbel-Hauptmann

Kaffe a. S., Kl. Ulrichstrasse 36.

# Billige Restetage!

Die sich während der letzten Zeit angesammelten Reste, hauptsächlich  
**Kleiderstoffe, Musseline, Wajachstoffe**  
 und leichte Hochsommerstoffe  
 sind auf Käufen geordnet und mit  
**gewaltiger Preisermäßigung**  
 ausgesetzt.

## Otto Dobrowitz / Merseburg

... Nach wie vor halte ich die Zeitungs-  
 propaganda für den besten, einfachsten und  
 billigsten Weg, dem Publikum schnell zu sagen,  
 was ich zu verkaufen habe. In Form und Aus-  
 drucksweise bietet das Inserat so weitgehende  
 Möglichkeiten, die von anderen Werbemitteln  
 bisher noch nicht übertroffen worden sind ...

★

Dies ist das beachtenswerte, unaufgefordert ab-  
 gegebene Urteil eines Inserenten der Nahrungsmittel-  
 branche, dessen Anzeigen auch bei uns jahraus, jahrein  
 laufen und die wohl jedem Leser

### bekannt sein

dürfen. Seine in den Anzeigen empfohlenen Artikel  
 finden, das glauben wir ohne weiteres behaupten zu  
 können, in den meisten Familien Verwendung. Uud

### die Ursache

solcher Wirkung: nur eine ständig und zielbewußt  
 durchgeführte Insertion in der gelesesten Tagespresse! —  
 Auch Sie können neue Kunden werben, Ihren  
 Umsatz vergrößern, die Einnahmen verdoppeln auf dem  
 zweckmäßigsten und billigsten Wege, der

### Zeitungsanzeige.

Die verhältnismäßig geringe Ausgabe hierfür wiegt  
 der gesteigerte Umsatz bei weitem wieder auf.

### Käufer-Alarm

bringt Umsatz und flüssige Mittel!

Für Merseburg Stadt und Land, für den ganzen  
 hiesigen Industriebezirk (Geiseltal, Lennawerke) kommt  
 als führende, weitaus geleseste Zeitung der „Merseburger  
 Korrespondenz“ in Frage, der allen Anforderungen, die  
 seitens der Inserentenschaft an ihn gestellt werden, in  
 weitaus reichem Maße gewachsen ist.

**Drell- und Schlosseranzüge!**  
 in verschiedenen Qualitäten  
 B. Darnitzsch, Seestraße 1

**Gemüsepflanzen,  
 Schnittblumen,  
 diverse Rosen**  
 empfiehlt  
**Gemüsebau Rischmühle.**

**Gemeindefeuerversicherungen für 1925.**  
 Nach § 58 der Gemeindefeuerordnung vom 28. 11.  
 1923 haben die Steuerpflichtigen bis zum Empfang des  
 Veranlagungsbescheides Vorauszahlungen nach Ab-  
 gabe der zuletzt festgestellten Gemeindefeuer nach dem  
 Vertrag und nach dem Kapital zu entrichten. Da die  
 gemeindefeuerliche Beiträge gegen die  
 Beiträge erhoben sind, in welchen die Steuerpflichtigen  
 darauf aufmerksam gemacht, daß die monatlichen Ver-  
 auszahlungen nach der Höhe der Zuschläge für 1925  
 (vgl. Veranlagung vom 4. 5. 1925 — III. 684/25)  
 zu leisten sind. Die Entlastung der Vorauszahlungen  
 liegt zur Vermeidung der Einmalzahlung einer größeren  
 Steuerzahlung im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen.  
 Lauchstädt, den 29. Mai 1925.  
 Der Magistrat.

**Portland-Zement,  
 Zement-Kalk**  
 verkauft außer hier billig  
 Völklinger Zement-  
 Werke, Gortelstraße 11-17, Tel. 684.

**Nervöse, Neurastheniker,**  
 die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Gereiztheit,  
 trüber Stimmung, Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopf-  
 schmerzen, Angst- und Zwangszuständen, Synkopendrie,  
 nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten  
 kollektive Verschüre von Dr. Wasth über Merseburg.  
 Dr. Gerhard & Co, Berlin W 30a.

**Sozial — aber nicht sozialistisch.**

## Merseburger Vereinsbank

Markt Nr. 10      e. G. m. b. H.      Geschäftsbereich 72  
 (gegründet 1868)

eine der ältesten Schulz-Verleihen Kreditgenossenschaften  
 steht auf dem Boden der

**Gesamtheit, Selbstverantwortung**  
 und  
**Geldverwaltung,**  
 fördert die heimische Wirtschaft, dient lediglich den  
**Interessen der eigenen Mitglieder,**  
 denen jeder Gemeinheitsmitglied gleichgestellt und sollten die folgen.

**Volksbanken**  
 im Spar, Bank u. Kreditverkehr nach demselben vom gemeinlich  
 Mittelstand in Stadt u. Land weitestgehende Unterstützung finden.

**Kapitalverwaltung — aber nicht kapitalistisch.**

**Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt**  
 urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250603-17/fragment/page=0010





# Merseburger Korrespondent

## Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Die Zeit im Bild, die Bilder von Feld und Hof und dem Leben der Bürger von Merseburg

Abonnementpreis für den nächsten Wintermonat 8 Pfennig. Im Voraus zu zahlen 20 Pfennig. Familienabonnentpreis 25 Pfennig. Abgabe nach Karte. - Nicht vorläufig ohne Verbindlichkeit. - Abnahme wird beachtet. 6 Uhr der Abnahme - Annahme 10 Uhr vormittags. - Sonntags 10 Uhr vormittags. - Sonntags 10 Uhr vormittags. - Sonntags 10 Uhr vormittags.

Verkauft durch den Verleger, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. - Sonntags 10 Uhr vormittags. - Abgabe nach Karte. - Nicht vorläufig ohne Verbindlichkeit. - Abnahme wird beachtet. 6 Uhr der Abnahme - Annahme 10 Uhr vormittags. - Sonntags 10 Uhr vormittags. - Sonntags 10 Uhr vormittags.

№. 127

Mittwoch, den 3. Juni 1925

51. Jahrgang

### Chronik der Entwaffnung.

Betrachtungen vor Übergabe der Kontrollnote. Die Zahlen benehmen. — 100 000 gegen 7 000 000.

Die nach den letzten Nachrichten für Donnerstag zu erwartende Überreichung der Note der Alliierten in der Entwaffnungsfrage leitet wieder eine Zeit politischer Hochspannung ein. Wie weit die Nachrichten richtig sind, die sich mit dem Inhalt dieser Note beschäftigen, kann noch nicht gesagt werden. Es ist möglich, Vermutungen anzustellen. Viel wichtiger ergibt sich, was man sich in diesem Augenblick im Innern und Außen darüber klar wird, was von Deutschland getan werden ist, um die Entwaffnungsbedingungen des Verfallenen Vertrages zu erfüllen. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Reichsregierung die in dem Vertrag vorgesehenen Zahlen zurückgeführt werden ist. Es ist das keine leichte Arbeit gewesen, und man kann nur einen Rückblick in die vergangene Jahre tun, um zu sehen, wieviel Gefahrenpunkte in der Verkleinerung der Reichswehr gelegen haben. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß der Kapp-Putsch nicht zuletzt deshalb entfallen ist, weil eine Anzahl Formationen nicht in die Reichswehr übergeführt werden konnten. Was zu dem Zeitverwilligen-System zu sagen ist, das hat Reichswehrminister Gessler in seiner Rede für die Entwaffnung zum Ausdruck gebracht.

Von der Durchführung der Entwaffnung erhält man aber erst dann den rechten Begriff, wenn man weiß, daß unter Aufsicht der Kontrollkommission etwa 6 Millionen Gewehre und Karabiner, 105 183 Maschinengewehre, 28 469 Minenwerfer und Mörser, 54 857 Geschütze und Rohre, 28 003 Legeten und Minenwerfer-Lafetten zerstört werden sind. Weiter sind zerstört worden 89 Millionen geladene Artilleriegeschosse und Mörser, fast 17 Millionen schwere Granataten, Granatwerfer und Wurfgrenaten, und 500 Millionen Stück Sandwaffenmunition und außerdem rund 40 000 zu Pulver. Diese Ziffer ist nicht vollständig, wenn man nicht hinzuzählt, daß auch mehr als 14 000 Flugzeuge und mehr als 27 000 Flugzeugmotoren zerstört worden sind. Die Zerschlagung der Festungen an der Westgrenze und auf Helgoland ist vollkommen durchgeführt.

Die im September 1922 geforderte Aufhebung des Kriegsleistungsgesetzes konnte das Hauptgesetz nicht erfüllt werden. Der im Laufe des letzten Jahres die Vermittlung gewisser Waffen und Munition, deren Bestandteile bei den Zivilbehörden von der Kontrollkommission als Mobilisierungsvorbereitung bezeichnet worden war, durchgeführt und der Kommission mitgeteilt worden.

Auf Grund des Art. 168 des Verfallenen Vertrages sind in der ehemaligen Reichswehr 7000 Fabriken umfassender Kriegsindustrie zu befehligen, die unter Aufsicht der Kontrollkommission zu stehen und die unter Aufsicht der Kontrollkommission zu stehen und die unter Aufsicht der Kontrollkommission zu stehen. Die 7000 Fabriken sind alle mehr als 24 Maschinen oder 400 kW, totalisiert worden. Nur in etwa sieben Fällen konnten die Anforderungen der Kommission nicht restlos erfüllt werden, weil die Zerstörungen solcher Anlagen und Maschinen verlangt wurden, die insofern aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen für die betreffenden Firmen daher unentbehrlich waren. Allein bei der Firma Krupp sind über 9000 Maschinen zerstört worden. Es handelt sich jetzt noch um 34 große Maschinen, deren Zerstörung die Militär-Kontrollkommission wünscht.

Das Gesetz vom 26. Juni 1921 verbietet nicht nur die Ausrüstung und Auslieferung von Kriegswaffen, sondern erstreckt sich auch auf Geschütze, die damit kaum in Verbindung zu bringen sind. Was die kritischen Polizeifragen anlangt, so bestehen noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die von uns im Mai 1922 übergebenen Organisationspläne den im Vertrag von Versailles übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfang gerecht werden. Im ganzen ergibt sich allein aus diesen Mitteilungen die Richtigkeit jenes deutschen Anspruchs eines englischen Mitgliedes der Kontrollkommission, das dem Reichswehrminister Gessler gegenüber erklärte: „Die Londoner Polizei ist besser imstande, einen Vertrag zu führen, als die deutsche Reichswehr.“

Das die Verweigerung der Ausrüstung der Röhren Gewehr als angeblich mangelfähig durchgeführter Entwaffnungsbedingungen gestiftet wurde, ist nur ein Roman. Das hat doch selbst der Reichswehrminister in der letzten Zeit erklärt. Die deutsche Regierung gegenüber erklären müssen, daß Deutschland zweifellos materiell entwaffnet ist. Der frühere Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Berlin, Houghton, hat bei seiner Ankunft in New York ebenfalls erklärt, daß die angebotenen deutschen Ausrüstungen in Wirklichkeit nicht vorhanden. Und die Erklärung Houghtons ist unterstützt worden durch die Äußerungen des früheren Kommandanten der amerikanischen Truppen im Rheinland, des Generals Allen, der zu Beginn dieses Jahres sagte, daß nach seiner Ansicht Frankreich gegenüber seiner Gefahr eines deutschen Angriffs ausgeliefert ist.

Wie richtig die Äußerung ist, das wird aber erst klar, wenn man das entwaffnete Deutschland mit den waffenstarken Nachbarländern vergleicht. Frankreich, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei sind in der Lage, der deutschen Armee von 100 000 Mann rund sieben Millionen ausgebildete Leute entgegenzustellen. Ihre Mobilisierung ist bis auf das genaueste vorbereitet, während Deutschland auf der anderen Seite jede Mobilisierungsvorbereitung auf das strengste unterlagert worden ist. Nun aber wird gesprochen von der hohen moralischen Abrüstung. In dieser Hinsicht aber braucht nur bemerkt zu werden auf die Erklärung, die der deutsche Botschafter in Genf abgegeben hat und nach der sich die deutsche Regierung verpflichtet, jede Konvention zu unterzeichnen, die den Krieg zu beenden vermag. Wenn jetzt die Note der Alliierten veröffentlicht wird, kann man sich an diese Dinge zu halten. Meinungsverschiedenheiten über Kleinigkeiten können aus-

### Die Uebergabe der Kontrollnote am Donnerstag.

Berlin, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Überreichung der Kontrollnote wird nach den schon festgelegten Bestimmungen am Donnerstag

erfolgen. Reichsminister Dr. Luther fährt am Donnerstag nach Berlin zurück. Am Freitag werden sich die britischen Vorkämpfer an der Note beteiligten Regierungen bei ihm einfinden, und dort englische Vorkämpfer, als der älteste von ihnen, wird das Dokument überreichen. Entsprechend dem deutschen Vorschlag, der mit Rücksicht auf die Länge des Dokumentes eine gewisse Zeit zur genauen Übertragung verlangen mußte, wird die Veröffentlichung gleichzeitig in Deutschland und den beteiligten alliierten Ländern

am Sonnabend früh in den Morgenblättern erfolgen.

Die Pariser Besse bestätigt nunmehr, daß der französische Vorkämpfer in Berlin gestern die Note der Vorkämpferkonferenz erhalten und sie sofort den alliierten Vorkämpfern übermittelte. Die Überreichung der Note, wird nach den Alliierten erst Donnerstag erfolgen, da die diplomatische Korps nicht vorübernehmen empfangen kann. Das Berliner Außenamt soll außerdem nach dem Bericht darauf hingewiesen haben, daß es die Länge der Note der Schriftleitung nicht, in der Lage sei, die Veröffentlichung innerhalb der Frist von 12 Stunden vorzunehmen. Infolgedessen werde um eine Verlängerung der Frist gebeten und angefragt, die Note in den Berliner Morgenblättern vom 6. Juni erscheinen zu lassen.

### Sicherheitspakt und Durchmarschrecht.

London, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Einigung zwischen London und Paris über den Sicherheitspakt ist, wie die „Times“ melden, neben dem Sicherheitsproblem auch für die Regelung der interalliierten Schulden und die Politik gegen Rußland angeordnet worden. Die auf dieser Grundlage neuerrichtete von London autorisierte Note an Deutschland schließt sich eng an das kürzlich in Paris überreichte englische Memorandum an. Sie wird am Donnerstag von dem französischen Ministerrat genehmigt und England vorgelegt werden.

Der Berichterstatter der Times setzt dann auseinander, daß Frankreichs Standpunkt durch die im Juli und September folgenden Verhandlungen der Vorkämpferkonferenz über internationale Schulden so verwickelt ist, daß Frankreich es sich gar nicht leisten könne, irgend welche außenpolitische Aktivität zu betreiben, sondern daß jetzt unmittelbar nach Ablegung der Note über Deutschlands Abrittung die französischen Parteiführer dahin informiert haben, daß es Gailuz nicht gelingen sei, aus eigener Kraft eine Sanierung der französischen Finanzen herbeizuführen und daß er Hilfe in England und Amerika suchen müsse. Die Hilfe werde aber nur gewährt werden, wenn eine Schuldenregelung vorgenommen würde.

Auch der Gedanke, Frankreichs, mit Rußland zu einer unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verbindung zu gelangen, sei ausgeschlossen.

### Eine Konferenz?

Berlin, 3. Juni. (Z.) In der englischen Presse wird neuerdings wieder die Zeilnahme Deutschlands an einer Konferenz mit den Alliierten über die Sicherheitsfrage erörtert. Weltminister Gage will zwar wissen, daß die deutsche Regierung der Entente einen Vorschlag gemacht haben sollte, das nach dem Inhalt dieser Vorschläge, gegen den die deutsche Regierung sich nicht ausgesprochen hat.



ausgeschlossen werden, aber diese Meinungsverschiedenheiten können niemals ein Grund für die Nichtabgabe der ersten Rheinlandzone sein, denn der Beweis, daß Deutschland tatsächlich entwaffnet und abgerüstet ist, liegt vor aller Welt klar.

Die Sprache der Tatsachen ist einseitiger, als die jegige Note der Vorkämpferkonferenz.

des Artikels ist das Vorkämpferstatus beeinträchtigt. Dieser Artikel bringt aber keineswegs ein automatisches Durchmarschrecht für einzelne Mächte, sondern er zeigt nur, daß bei einflussreichen Vorkämpfern des Vorkämpferstatus für eine Vorkämpferkonferenz ein solcher Durchmarsch erfolgen kann. Das ist etwas ganz anderes, als die Franzosen zu erreichen hoffen und dabei ist zudem noch zu berücksichtigen, daß gerade dieser Artikel des Vorkämpferstatus für Deutschland das schwerste Hindernis für den Eintritt in den Vorkämpferstatus ist. Es ist müßig anzunehmen, daß gerade die Frage des Durchmarschrechtes in der internationalen Debatte der nächsten Zeit eine recht große Rolle spielen wird und es besteht für Deutschland aller Anlaß, diese Erörterungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

London, 2. Juni. Der Pariser Berichterstatter des Daily Telegraph, die französische Regierung behände immer noch darauf, daß auf Grund des vorgelegenen Paktes Truppen durch die entmilitarisierte Rheinlandzone zur Unterstützung ihrer Truppen nach Deutschland geschickt werden können. Aber die kritische Meinung in dieser Frage sollte volle Arbeit nur durch Veröffentlichung des Wortlauts der kritischen Note geleistet werden. In Paris wird berichtet, daß die beiden Mächte, die im kritischen Rohmet vorhanden sind, durch Veröffentlichung der kritischen Mächte zu Worte kommen sind. Der Berichterstatter fügt hinzu, es ist nicht unmöglich, daß die jetzigen Sicherheitsverhandlungen sich noch durch Polen und die Tschechoslowakei weiter entwickeln werden, besonders durch letztere, die vielleicht wünscht, die Frage der Angliederung Österreichs an Deutschland mit dem Sicherheitspakt verknüpft zu sehen.

### Ein englischer Bericht.

London, 3. Juni. (Z.) Der Londoner Berichterstatter des Daily Telegraph, der den ungenügenden Stand des Meinungsabstimmens zwischen der britischen und der französischen Regierung in der Sicherheitsfrage folgendes: Das der französischen Regierung vor kurzem übermittelte britische Memorandum führt die allgemeinen Grundsätze an, die nach Ansicht der britischen Regierung der deutschen Regierung in Verbindung mit dem Ratifizieren der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu berücksichtigen sind. Das Memorandum enthält die folgenden Grundsätze: Das der französischen Regierung vor kurzem übermittelte britische Memorandum führt die allgemeinen Grundsätze an, die nach Ansicht der britischen Regierung der deutschen Regierung in Verbindung mit dem Ratifizieren der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu berücksichtigen sind.

### Durchmarschrecht.

Durch das entmilitarisierte Rheinlandzone zu Hilfe zu kommen, so wird in den öffentlichen Kreisen angeordnet, daß eine bestimmte Auslegung den öffentlichen Erörterungen vorzuziehen ist, da sich die Frage der Auslegung der aufgestellten allgemeinen Grundsätze automatisch ergeben wird, wenn diese der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt worden sind, die sie nicht nur auf Anfragen über die Folgen gewisser Punkte beantworten werden.

Nach Ansicht der britischen Regierung muß der Vorkämpfer beim Zustandekommen jenseitig bei der Durchführung des Paktes eine Hauptrolle spielen, und es ist anzunehmen, daß die Aufgabe, daß Deutschland als Mitglied des Bundes die Übernahme aller in der Vorkämpferkonferenz enthaltenen Verpflichtungen verlangt werden wird, einen Teil der französischen Presse zu Schließen veranlaßt, die nach dem Inhalt und von der Auslegung der in Betracht kommenden Paragraphen ausgehen werden. Dies ist um so wahrscheinlicher, als die Vermutung werden kann, die britischen Vorkämpfer in dem britischen Memorandum nicht erwähnt sind. Es wird von britischer Seite außerdem darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Erklärungen der britischen Regierung zur Sicherheitsfrage den Grundsätzen der Gegenseitigkeit des geplanten Paktes betonen haben.

### Ein deutsche Protest in Paris

Berlin, 3. Juni. (Z.) Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Paris meldet, hat die deutsche Botschaft die in der französischen Presse in der letzten Zeit wiederholt veröffentlichten Artikel, das Abbe-Strim von Deutschland aus unterzeichnet wurde, offiziell demontiert. Die ersten beiden Unterzeichner dieser Artikel waren nach dem Direktor der politischen und internationalen Angelegenheiten am Quai d'Orsay, Soubouff. Dieser erklärte dem Vertreter der Botschaft, daß sich in seinem Bericht des Maximalen Umfangs Angaben über die deutsche Unterzeichnung finden. Es wurde angefragt, die französischen Zeitungen in diesen Sinne zu unterrichten. Nachdem in den folgenden Tagen neue Mitteilungen über die Beteiligung deutscher Persönlichkeiten erschienen sind, ist gestern nachmittags der Informationsdienst am Quai d'Orsay darüber unterrichtet worden, daß diese Behauptungen falsch sind. Es ist deutsche Kommunikation an der Propaganda über französischen Zeitungsstellen gegen den Maximalismus beteiligt haben, ist hier nicht bekannt. Das aber wieder die deutsche Regierung, nach der deutsche Subskription, auch die deutsche Botschaft wieder direkt nach indirekt an vielen Angriffen interessiert sind, kann als erwiesen betrachtet werden.

### Vom Rundflug.

Berlin, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Hitzern des letzten Tages zur zweiten Etappe des Deutschen Rundfluges von insgesamt 40 Fliegern in Berlin gefahrenen Flugzeugen kehren nach bis gestern Abend 23 Flugzeuge nach vollendetem zweiten Schiffe nach Berlin zurück. Davon gehörten 15 der härtesten, 7 der mittleren und 1 der leichtesten Klasse an.

### Tornado in den Vereinigten Staaten.

New York, 3. Juni. (Z.) Ein heftiger Tornado wütete im Osten des Staates Nebraska und im westlichen Teile des Staates Iowa. Es sind verheerende Verwüstungen schwer befeuchtet worden. Der Schaden ist sehr groß. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt. Die Drahtverbindung mit dem heimgeschlagenen Gebiet ist unterbrochen.